

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/61/614

Verantwortliche/r:
Amt für Stadtplanung und Mobilität

Vorlagennummer:
614/043/2022

Ungesicherte Übergangsstelle an der Kreuzung Liegnitzer Straße und Marienbader Straße, Antrag Nr. 047/2022 der SPD-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat	20.09.2022	Ö	Empfehlung	
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	20.09.2022	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen. Der Antrag Nr. 47/2022 der SPD-Fraktion ist damit abschließend bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Im Zuge der Fahrbahndeckenerneuerung wurden in der Marienbader Straße die Verkehrshelferübergänge entfernt und deshalb sind die Markierungen nicht mehr vorhanden. Der Verkehrshelferübergang wurde seit Jahren nicht mehr benutzt. Der Verkehrshelferübergang selbst beinhaltet keine Anordnung, womit ohne die Verkehrshelfer eine Schutzfunktion nicht vorhanden ist. Ob durch die bloßen Linien die Aufmerksamkeit gesteigert wird, darf bezweifelt werden.

Fußgängerüberwege sind in der Regel bei der Schulwegsicherung zu vermeiden, da eine Abstimmung zwischen Fußgänger und Autofahrer nötig ist und nicht jeder Autofahrer anhält. Kinder können häufig nur sehr schwer abschätzen, ob der Fahrer wirklich anhalten wird. Fußgängerüberwege vermitteln Kindern deshalb oft ein falsches Gefühl von Sicherheit.

Nachdem die verkehrliche Situation sich als übersichtlich darstellt und nur wenig Verkehr ist, ist von einem Fußgängerüberweg abzusehen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

*ja, positiv**

*ja, negativ**

nein

Wenn ja, negativ:
Bestehen alternative Handlungsoptionen?

- ja*
 nein*

*Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
 sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
 sind nicht vorhanden

Anlagen:

Antrag Nr. 047/2022 der SPD-Fraktion

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang